

# Für den Landkreis Göppingen in Berlin



**SPD**

Ausgabe 76 November 2019

## Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

mal wird kritisiert, die GroKo sei nicht handlungsfähig, weil sie sich nicht einig sei, mal wird SPD und Union nachgesagt, sie hätten sich bis zur Ununterscheidbarkeit angenähert.

Das Beispiel der Grundrente zeigt, dass beides nicht stimmt. Ja, die GroKo ist handlungsfähig. Und ja, es ist an dieser Debatte sichtbar geworden, was sozialdemokratische Politik ausmacht: Wir wollen Menschen in ihrer Rechtsstellung stärken und sie nicht auf soziale Leistungen verweisen. Darum haben wir dafür gesorgt, dass es zukünftig einen Rechtsanspruch auf Grundrente gibt. Denn nicht Bedürftigkeit ist Voraussetzung für Rentenbezug, sondern konkrete Versicherungszeiten und die Anerkennung von Lebensleistung. Die Grundrente ist ein sozialpolitischer Meilenstein (S. 2)!

Wer sich die Zeit nimmt, mal eine ganze Plenardebatte im Fernsehen zu verfolgen, wird noch viele andere solcher Unterschiede wahrnehmen. Allein bei den lebhaften Diskussionen zur Finanzierung der Pflege, die ich momentan an vielen Stellen führe, kann von einem Mangel an Differenzen kaum die Rede sein. Unsere Politik, unsere Ideen und Forderungen für die Zukunft sind klar

erkennbar sozialdemokratisch – im Fall der Pflege zum Beispiel tarifliche Bezahlung, finanzielle Entlastung der Pflegebedürftigen, eine solidarische Pflegebürgerversicherung und die Begrenzung des Renditestrebens in der Pflege. Wir als SPD stehen für einen starken Sozialstaat, für die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, für die Sicherung öffentlicher Daseinsvorsorge und für eine solidarische Gesellschaft, die den Starken mehr abverlangt als den Schwachen. Darum schaffen wir den Soli für 90% der Steuerzahler ab ohne dabei Spitzenverdiener zu entlasten, wie die Union es wollte (S.3).

Dass diese sozialdemokratische Identität wieder sichtbar und spürbar wird, dass der leidenschaftliche Einsatz vieler Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für unsere Grundwerte sich wieder niederschlägt in einer breiten gesellschaftlichen Zustimmung – auch darum geht es bei unserem Prozess, eine neue Parteispitze zu finden. Eine wichtige Aufgabe. Zu wichtig, um sich zu enthalten. Deshalb macht mit und gebt Eure Stimme ab dem 19.11. ab für Euer Favoritenduo!

Ihre/Eure



[www.heike-baehrens.de](http://www.heike-baehrens.de)



[www.facebook.com/baehrensmdb](https://www.facebook.com/baehrensmdb)



## Die Grundrente kommt

Gut bezahlte Arbeit ist die Grundlage für eine gute Rente. Deshalb setzen wir uns mit allem Nachdruck für starke Tarifbindung, für einen höheren Mindestlohn, für ordentliche Löhne und mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ein. Wir wollen, dass Arbeit sich lohnt und Menschen nach einem langen Arbeitsleben ein Auskommen haben, das ihre Leistung anerkennt. Deshalb haben wir uns für eine Grundrente eingesetzt, die sich an den Versicherungszeiten orientiert. Wir haben erreicht, dass es nun einen Rechtsanspruch auf Grundrente gibt.

**Wer profitiert?** Die Grundrente werden 1,2 bis 1,5 Millionen Menschen erhalten, 4 von 5 Berechtigten werden Frauen sein. Denn häufig haben Frauen aus familiären Gründen nur Teilzeit gearbeitet – oder in Berufen, in denen viel verlangt, aber trotzdem wenig verdient wurde. Auch wer bereits eine Rente bezieht, hat einen Anspruch auf diese Verbesserungen.

**Wie funktioniert's?** Die bestehende Rente wird um einen Zuschlag erhöht. Auch wer knapp unter 35 Jahre gearbeitet und Beiträge gezahlt hat, soll berechtigt sein. Die Grundrente wird bürgerfreundlich und unbürokratisch sein, ohne Bedürftigkeitsprüfung. Denn sie ist keine Sozialhilfeleistung – ganz im Gegenteil: Sie wird durch eigene Leistung erworben. Wer einen Anspruch auf Grundrente hat, bekommt sie – genauso wie die Rente – von der Deutschen Rentenversicherung ausgezahlt.

**Wer hat Anspruch?** Wer mindestens 35 Jahre Pflichtbeitragszeiten – vor allem aus Beschäftigung, Kindererziehung und Pflegetätigkeit – vorweisen kann, aber dabei wenig

verdient hat, erhält ab 2021 Grundrente. Für die meisten Rentnerinnen und Rentner ist die Rente das einzige Alterseinkommen. Allerdings gibt es auch gut gestellte Rentnerinnen und Rentner, die daneben zum Beispiel eine Pension, Erträge betrieblicher oder privater Vorsorge, Mieteinnahmen oder sonstige Absicherungen haben. Die Grundrente soll so zielgenau wie möglich ausgestaltet werden. Deshalb wird es einen Einkommensfreibetrag geben. Der Einkommensfreibetrag stellt sicher, dass Einkommen bis zu 1250 Euro (Alleinlebende) 1950 Euro (Paare) nicht auf die Grundrente angerechnet werden. Der Freibetrag wird jährlich angepasst. Liegt das Einkommen über dem Einkommensfreibetrag, wird der darüber liegende Betrag abgeschmolzen – und zwar bürokratiearm durch einen einfachen Datenabgleich mit dem Finanzamt. Eine Vermögensprüfung, etwa des Wohneigentums, findet nicht statt.

**Beispiel:** Eine Friseurin, die 40 Jahre auf dem Niveau von 40 % des Durchschnittslohns voll gearbeitet hat, kommt derzeit lediglich auf eine monatliche Rente von 528,80 Euro. Mit der Grundrente bekommt sie über 400 Euro mehr und damit eine Monatsrente von 933,66 Euro. Um ihre schmale Rente aufzubessern, verdient sie sich etwas dazu. Solange ihr insgesamt zu versteuerndes Einkommen 15.000 Euro im Kalenderjahr (1.250 Euro im Monat) nicht übersteigt, wird es nicht auf die Grundrente angerechnet. Sie muss auf dem Amt auch nicht mehr ihre Vermögensverhältnisse umständlich nachweisen, denn es findet keine Vermögensprüfung statt. Die Eigentumswohnung, die sie geerbt hat, bleibt unangetastet.



## Gute Versorgung statt Angst vor Überlastung

Wenn Pflegebedürftige die Kosten für ihre Pflege nicht selbst stemmen können, haben sie Anspruch auf die sogenannte Hilfe zur Pflege. Übernehmen die Sozialämter die Kosten, wurden bisher die Kinder der Pflegebedürftigen darauf verpflichtet, einen finanziellen Beitrag entsprechend ihrem Einkommen zu leisten. Das hat Angehörige mit mittleren Einkommen nicht nur stark belastet, sondern pflegebedürftige Menschen teilweise davon abgehalten, die eigentlich notwendige Versorgung z.B. in einem Heim in Anspruch zu nehmen. Außerdem waren oft Verwaltungs- und Prüfverfahren notwendig, um festzustellen, ob eine Unterhaltspflicht vorlag – das hat zu viel Aufwand in den Kommunen und

häufig konflikthafte Auseinandersetzungen mit Angehörigen verursacht.

Mit dem Angehörigenentlastungsgesetz hört das jetzt auf: Zukünftig werden Angehörige erst ab einem Jahreseinkommen von 100.000 Euro zur Finanzierung der Pflege ihrer Angehörigen herangezogen – wie es bei anderen Sozialhilfeleistungen schon bisher galt. Das nimmt Menschen die Angst davor, ihre Kinder im Alter zu belasten. Stattdessen steht die notwendige Versorgung bei Pflegebedürftigkeit im Mittelpunkt. Das war uns als SPD ein großes Anliegen – und zu kaum einem Gesetzesvorhaben habe ich mehr Anfragen bekommen. Das zeigt, wie viele Menschen von dieser Verbesserung profitieren!

## Soli wird abgeschafft – für fast alle!

Es ist soweit: Ab 2021 werden die allermeisten Steuerzahlerinnen und Steuerzahler keinen Solidaritätszuschlag mehr zahlen! Wir entlasten Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen. Nicht entlasten wollen wir aber die oberen 3,5 Prozent auf der Einkommensskala. Ihnen geht es gut, auch wenn sie weiterhin einen Solidarbeitrag leisten – genau wie den weiteren 6,5 Prozent, die wir nur teilweise entlasten. Von den Abgaben dieser insgesamt reichsten zehn Prozent unserer

Gesellschaft kommen weiterhin rund 11 Milliarden Euro zusammen, mit denen die Vollendung der Deutschen Einheit finanziert werden kann. Also etwa 50 Prozent der Gesamteinnahmen des bisherigen Soli! Damit verpflichten wir diejenigen zu mehr Solidarität, die wirklich viel haben. Sie tragen weiter dazu bei, dass wir in unser aller Zukunft investieren können: in Chancen für unsere Kinder, in Klimaschutz, Forschung und Entwicklung, in Infrastruktur und bezahlbaren Wohnraum.

## Betriebsrentner & Direktversicherte entlasten

Unser beharrlicher Einsatz hat sich gelohnt: Bezieherinnen und Bezieher von Betriebsrenten und sogenannte Direktversicherte werden spürbar entlastet durch einen Freibetrag von 155,75 Euro, für den sie zukünftig keine Krankenkassenbeiträge mehr zahlen müssen. Davon profitieren viele - es geht um eine jährliche Gesamtentlastung von 1,2 Milliarden Euro. Für etwa 60 Prozent der Bezieher verringert sich die Beitragslast damit sogar auf etwa die Hälfte.

Nachdem es bei den Koalitionsverhandlungen 2014 keine Einigung zwischen SPD und den Unionsparteien gab, setzte die SPD-Landesgruppe Baden-Württemberg das Thema 2018 erneut auf die Agenda. Die baden-

württembergischen Abgeordneten forderten eine Halbierung des Krankenkassenbeitrags bei Betriebsrenten und Direktversicherungen und eine Umwandlung der Freigrenze in einen Freibetrag. Ende 2018 hatte sich dann auch die CDU auf einem Parteitag zur Abschaffung der Doppelverbeitragung durchgerungen. Dieser Beschluss wurde aber von der Bundeskanzlerin aus kassiert.

Auch wenn die Forderung der SPD-Landesgruppe nicht voll umgesetzt werden konnte, ist die Verbesserung ein wichtiger Schritt. Wir setzen alles daran, das entsprechende Gesetz noch in diesem Jahr zu beschließen, damit die Entlastung ab Januar schon wirksam wird.



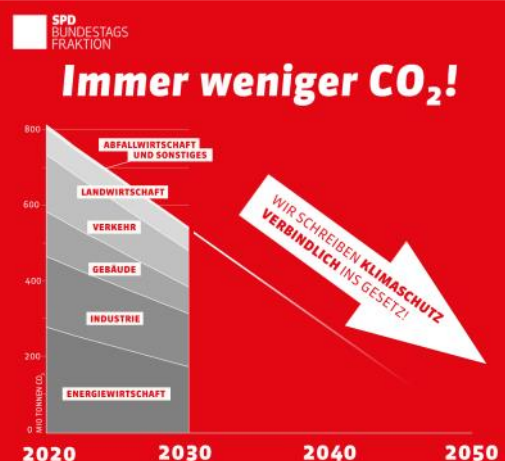
## Sport im Gespräch

Über Breitensport, die Reform der Spitzensportförderung im Land und die Auswirkungen auf die Säbelfechter in Eislingen diskutierten wir in der SPD-Landesgruppe mit der Präsidentin des Landessportverbands Baden-Württemberg Elvira Menzer-Haasis und Hauptgeschäftsführer Ulrich Derad.

## Klimaschutzgesetz

✓ **Beschlossen**

Seit 2010 kämpft die SPD-Bundestagsfraktion dafür, nun wurde es endlich beschlossen: das Klimaschutzgesetz. Mehr Infos gibt es [hier](#).



## Unterwegs im Landkreis

Bei der Jugendsportschau des *Sportkreis Göppingen e.V.* habe ich mich in der Voralbhalle in Heiningen bei den engagierten Ehrenamtlichen in den Vereinen bedankt, die Kinder und Jugendliche Woche für Woche in Sporthallen, im Schwimmbad oder auf dem Sportplatz trainieren und ihnen gleichzeitig Vorbild und Ratgeber sind.



Den 30. Jahrestag des Mauerfalls feierte ich im Neu West Berlin Depot von Jo Schönmoser in Albershausen. Mit 19 Original-Mauerteilen, Kunst und Kultur von Dein-Theater-Stuttgart war der Abend ein echtes Highlight!

Mit festlichem Gottesdienst wurde Dekan Rolf Ulmer nach elf Jahren im Kirchenbezirk Göppingen in den Ruhestand verabschiedet. Besonders die diakonische Arbeit lag ihm dabei am Herzen. Vielen Dank!





## Termine - 16. November bis 20. Dezember 2019

Samstag, 16. November 10:00 Uhr

Weltdiabetestag  
Rathaus Göppingen

Sonntag, 17. November 13:30 Uhr

Zentrale Gedenkfeier zum Volkstrauertag  
Berlin

Montag, 18. November 16:00 Uhr

Netzwerktreffen Women in Global Health Germany  
Berlin

Entscheide vom 19. bis 29. November  
mit über den neuen Parteivorsitz !



Mittwoch, 20. November 18:00 Uhr

„Vollkasko für die Pflege: die Pflegebürgerversicherung“  
Fraktion vor Ort bei Angelika Glöckner, MdB  
Pirmasens

Donnerstag, 21. November

10:00 Uhr  
Gespräch mit Betriebsrat der Uniklinik  
Tübingen  
16:00 Uhr  
Bürgersprechstunde im Bürgerbüro  
19:30 Uhr  
SPD-Kreisdelegiertenkonferenz  
Rechberghausen

Montag, 25. bis Freitag, 29. November

Sitzungswoche in Berlin

Freitag, 29. November 18:00 Uhr

Kamin-Gespräch Deutsch-Koreanische Gesellschaft BaWü  
Stuttgart

Samstag, 30. November

17:00 Uhr  
Prominentenschmalz  
Weihnachtsmarkt Süßen

18:00 Uhr

25 Jahre Jugendgemeinderat Geislingen  
Rathaus Geislingen

Montag, 2. Dezember

17:30 Uhr  
Netzwerk Unternehmen integrieren Flüchtlinge  
Podiumsdiskussion  
Gärtnerhof Jeutter im Marbachtal Göppingen  
19:30 Uhr  
Gespräch mit der Kreisärzteschaft  
Göppingen

Dienstag, 3. Dezember 11:00 Uhr

Besuchergruppe aus dem Landkreis  
Deutscher Bundestag

Mittwoch, 4. Dezember

10:30 Uhr  
Firmenbesuch bei e361  
Süßen  
18:00 Uhr  
Sitzung Kreisbehindertenring Göppingen

Donnerstag, 5. Dezember

11:30 Uhr  
Treffen der Mandats- und Funktionsträger im Landkreis  
zum Weiterbau der B10  
20:00 Uhr  
Roter Treff der SPD Eisingen  
Gaststätte Adler Eisingen

Freitag, 6. bis Sonntag, 8. Dezember

SPD-Bundesparteitag Berlin

Montag, 9. bis Freitag, 20. Dezember

Sitzungswochen in Berlin

### Bürgerbüro



Roth Carreé Schillerplatz 10  
73033 Göppingen



Tel: 07161 / 988 35 46  
Fax: 07161 / 504 82 74



Platz der Republik 1  
11011 Berlin



Tel: 030 / 227 74157  
Fax: 030 / 227 70159



[www.heike-baehrens.de](http://www.heike-baehrens.de)  
[heike.baehrens.wk@bundestag.de](mailto:heike.baehrens.wk@bundestag.de)



[www.facebook.com/baehrensmdb](https://www.facebook.com/baehrensmdb)